



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16077
Mittwoch, 23. Juni 2021

Ministerrat beschließt Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	1
Moosbrugger: Öffentliche Hand - Lebensmittel aus der Region haben Vorrang	2
EU-Saatgutverordnung: Europäische Kommission nimmt neuen Anlauf	3
EU-Abgeordnete sprechen sich überwiegend für neue Züchtungstechniken aus	4
Schlachtabfälle: EU-Parlament stimmt Verfütterung zu	4
Argentinien: Exportsperre für Rindfleisch aufgehoben	5
OÖ: Extremes Hagelereignis verursacht in Landwirtschaft Schaden von 22 Mio. Euro	5
Bundeskantinen künftig von Österreichs Bauernfamilien beliefert	7
NaBe-Plan ist wichtiger Schritt zur Herkunftskennzeichnung	8
Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung von Agrarvertretern begrüßt	9
NÖ Bauernbund: GAP darf Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel setzen	10
Gastronomie-Öffnung belebt heimischen Eiermarkt	11
Jungbauern: Foodtruck on Tour in der Linzer Innenstadt	12
Neues Merkblatt zur sachgerechten Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erschienen	13
Russland weist 2020 erstmals Überschuss im Agraraußenhandel auf	14

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Ministerrat beschließt Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Köstinger: Motto "Österreich isst regional" wird umgesetzt

Wien, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Im Ministerrat wurde heute der Nationale Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (NaBe) beschlossen. Er regelt, wie und in welcher Qualität von der öffentlichen Hand eingekauft wird - von Lebensmitteln über grünen Strom bis hin zu emissionsfreien Fahrzeugen. "Mit diesem Aktionsplan wird ein weiterer wichtiger Meilenstein zur 100%igen regionalen Beschaffung von Lebensmitteln in Bundeskantinen gesetzt", betont Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**. Bereits vor dem Beschluss im Ministerrat hatte die Landesagrarreferentenkonferenz auf Initiative von Köstinger einen einstimmigen Beschluss gefasst, den Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung auch in den Ländern umzusetzen. * * * *

Klima schützen und Landwirtschaft unterstützen

Unter dem Motto "Österreich isst regional" gehört die Stärkung der regionalen Beschaffung zu den Schwerpunkten von Köstinger. Ziel ist es, 100% regionale öffentliche Beschaffung und dadurch die Produktion von heimischen Lebensmitteln langfristig zu sichern. "Wir bitten die Menschen nicht um etwas, das wir nicht auch selbst tun, deshalb gehen wir als Bund mit gutem Beispiel voran und stellen die Beschaffung von Lebensmitteln auf regionale Herkunft um. 1,8 Mio. Personen essen Tag für Tag außer Haus, rund 450.000 Personen davon in öffentlichen Einrichtungen. Das ist ein enormer Hebel, mit dem wir aktiv das Klima schützen und gleichzeitig unsere Landwirtschaft unterstützen. In Zukunft wird es mehr Lebensmittel in den öffentlichen Kantinen direkt vom Bauern geben", unterstreicht Köstinger.

Strenge Kriterien für öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln

Der Aktionsplan sieht in insgesamt 16 Kategorien strenge Kriterien für öffentliche Beschaffung vor. So sollen etwa Lebensmittel möglichst zu 100% aus der Region stammen, das beschaffte Obst und Gemüse ist soweit wie möglich saisonal. Folgende Mindestanteile der beschafften Lebensmittel müssen aus biologischer Erzeugung stammen: 25% ab dem Jahr 2023, zumindest 30% ab 2025 beziehungsweise mindestens 55% ab dem Jahr 2030.

Bei der Beschaffung von Fleisch vom Rind, Kalb und/oder Schwein muss ein Mindestanteil aus Tierhaltung mit GVO-freier Fütterung stammen: (5% ab dem Jahr 2021, zumindest 40% ab 2023 und 100% ab dem Jahr 2025). Frischeier mit Schale, Flüssigeier und Eipulver stammen aus Freiland- oder Bodenhaltung mit dem AMA-Gütesiegel oder -Biosiegel. Tierprodukte (Eier und Fleisch) kommen von Betrieben, die Mitglied eines anerkannten Tiergesundheitsdienstes sind. Fleischprodukte gibt es nur mehr mit dem AMA-Gütesiegel "Mehr Tierwohl" oder mit vergleichbaren Standards. Fisch stammt aus regionalen Gewässern oder aus nachhaltiger artspezifischer Aquakultur.

Vorgesehen ist auch eine entsprechende Herkunftskennzeichnung in Kantinen. Bei Fleisch, Eiern und Milch (Angabe mindestens mit "Österreich", "EU" oder "Nicht-EU") muss diese gut sichtbar aufliegen. Für Fleisch bedeutet Herkunft, wo die Tiere geboren, gemästet und geschlachtet wurden. Auch Bio-Produkte müssen klar erkennbar ausgewiesen werden.

Gewessler: Lebensmittel sollen möglichst aus der Region kommen

"Mit dem Aktionsplan wollen wir als öffentliche Hand mutig vorangehen und zeigen, wie der Schutz unserer Umwelt und unseres Klimas in der Praxis gelingt. Wir legen fest, dass in öffentlichen Einrichtungen künftig möglichst alle Lebensmittel aus der Region kommen und sorgen dafür, dass der Bio-Anteil deutlich steigt. Das stärkt die vielen Landwirtinnen und Landwirte, die einen Beitrag zum Schutz unserer Umwelt leisten, und es führt zu kürzeren Transportwegen und geringeren CO2-Emissionen", unterstreicht Umweltministerin **Leonore Gewessler**.

Auch **Hans Seitinger**, Vorsitzender der Landesagrarreferentenkonferenz, begrüßt den Aktionsplan: "Regionale Beschaffung ist das Gebot der Stunde, denn kurze Transportwege, höchste Tierwohl- und Produktionsstandards sowie die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe schonen unsere Umwelt und schaffen Arbeitsplätze in den Regionen. Der Gesetzgeber gibt den Bauern strengste Regeln vor und hat daher auch die Pflicht, in all seinen öffentlichen Einrichtungen beim Einkauf auf Nachhaltigkeit, Regionalität und Saisonalität zu achten."

Immer mehr Betriebe setzen auf nachhaltige Beschaffung. Dazu gehört etwa auch die Mensa der Boku Wien im neuen Türkenwirtgebäude. "Nachhaltigkeit und regionaler Einkauf sind in unseren Betrieben bereits Standard. Ein weiterer Schritt ist es, unser Sortiment mehr und mehr mit 100% nachvollziehbar biologischer Ware zu erweitern - als Gemeinschaftsverpfleger und Nahversorger stehen wir zu unserer Verantwortung gegenüber unseren Gästen und unserer Umwelt", berichtet **Franz Haslauer**, Geschäftsführer Österreichische Mensen-Betriebsgesellschaft (ÖMBG). Die Bundeskantinen repräsentieren einen Wareneinsatz von 1,35 Mio. Euro pro Tag und mehr als 330 Mio. Euro pro Jahr. (Schluss) kam

Moosbrugger: Öffentliche Hand - Lebensmittel aus der Region haben Vorrang

Nachhaltige Beschaffung: Landwirtschaftskammer begrüßt Ministerratsbeschluss

Wien, 23. Juni 2021 (aiz.info). - "Der Bund stellt mit dem heutigen Beschluss des Ministerrates die Beschaffung von Lebensmitteln auf neue Beine und setzt dabei verstärkt auf Regionalität und Nachhaltigkeit. Der Nationale Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, kurz NaBe genannt, spricht gezielt Aspekte wie zum Beispiel Lebensmittelqualität, Tierwohl und Herkunft der Lebensmittel an. Diese nachhaltigen Regeln gelten auf Bundesebene für die Beschaffung von Lebensmitteln für die Gemeinschaftsverpflegung in der Verwaltung, in Gesundheits-, Pflege- und Bildungseinrichtungen sowie für das Catering bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen. Sie gelten auch, wenn die Dienstleistung durch externe Dienstleister erbracht wird. Wir begrüßen diesen Beschluss sehr, weil damit die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, bei denen beispielsweise das Tierwohl eine größere Rolle spielt, mehr Gewicht erhält. In vielen Bereichen setzt die öffentliche Hand neue Standards für die Bauern fest. Beim eigenen Einkauf eben diese Standards einzuhalten, ist eine Frage der Fairness", erklärte **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich. Und weiter: "Die LK Österreich unterstützt außerdem den Beschluss der Bundesländer, die Vorgaben des Aktionsplans zur nachhaltigen Beschaffung auch auf der Ebene der Bundesländer verpflichtend umzusetzen." * * * *

Transparenz in Kantinen

"Es ist für uns ganz wichtig, dass nun in einem ersten Schritt die Transparenz in den Großküchen und Kantinen der öffentlichen Hand umgesetzt wird. Das 'Ja' des Ministerrates zu mehr Regionalität sorgt darüber hinaus für kurze Transportwege und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen", so Moosbrugger weiter.

Künftig muss eine Information über die Herkunft von Fleisch, Eiern und Milch mit den Angaben "Österreich", "EU" oder "Nicht-EU" für die Gäste gut sichtbar sein, beispielsweise, indem diese Information nahe am Verabreichungsplatz gut sichtbar aufliegt. Für Fleisch bedeutet Herkunft, wo die Tiere geboren, gemästet und geschlachtet wurden. Der Nachweis erfolgt gemäß der AMA-Richtlinie über die transparente Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung. Die Initiative 'Gut zu Wissen' der LK Österreich hat dazu die notwendige Vorarbeit geleistet.

Beschaffung neu: klimafreundlich

"Durch die verbrauchernahe Beschaffung von Lebensmitteln können Wege kurzgehalten und somit transportbedingte CO2-Emissionen reduziert werden. Zudem wird Obst und Gemüse reifer geerntet und besitzt somit mehr Frische und Geschmack", schloss Moosbrugger. (Schluss) - APA OTS 2021-06-23/15:37

EU-Saatgutverordnung: Europäische Kommission nimmt neuen Anlauf

Klimawandel und Green Deal sollen berücksichtigt werden

Brüssel, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Für das Ende des kommenden Jahres 2022 kündigt die EU-Kommission einen Vorschlag für eine neue EU-Saatgutverordnung an. Darin sollen zwölf verschiedene und veraltete EU-Richtlinien aktualisiert und vereinheitlicht werden. Ein erster Versuch zur Überarbeitung der europäischen Saatgutgesetzgebung scheiterte im Jahr 2014. Damals hatte das Europaparlament einen Vorschlag der EU-Kommission glatt zurückgewiesen. Vor allem der mangelnde Schutz von alten Sorten und von Kleinunternehmen sorgte für Unmut im EU-Parlament. Jetzt will die EU-Kommission einen neuen Anlauf nehmen und auf die Kritik der Abgeordneten eingehen. * * * *

Die heutige Gesetzgebung stamme nicht nur aus den 1960er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, gab **Dorothee André** von der Generaldirektion Gesundheit der EU-Kommission im Agrarausschuss des Europaparlaments zu bedenken. Aktuelle Entwicklungen wie der Klimawandel und der Green Deal müssten in eine EU-Saatgutverordnung unbedingt aufgenommen werden. Traditionelle Sorten sollten Ausnahmen bei den Anforderungen bekommen, führte André aus. Auch sei die unterschiedliche Umsetzung der zwölf EU-Richtlinien in den einzelnen Mitgliedstaaten ein Problem.

Für die Vorbereitung, für Konsultationen und eine Folgenabschätzung einer neuen EU-Saatgutverordnung brauche die EU-Kommission noch etwas Zeit. Aber Ende 2022 komme der Vorschlag. Ein erneutes Scheitern müsse auf jeden Fall vermieden werden, betonte die Kommissionsmitarbeiterin. (Schluss) mö

EU-Abgeordnete sprechen sich überwiegend für neue Züchtungstechniken aus

Eigenes Gesetz zur Förderung alternativer Verfahren gefordert

Brüssel, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Das Europaparlament ist gegenüber neuen genomischen Verfahren (NGT) deutlich aufgeschlossener als gegenüber der traditionellen Gentechnik. Eine Mehrheit aus fast allen Fraktionen im Europaparlament sieht große Chancen für die Landwirtschaft durch NGT. Nur die Grünen sind dagegen. Eine gezielte Kreuzung mithilfe der Genschere würde neue Sorten hervorbringen, die gegen Krankheiten resistent sind oder die Pflanzen beständiger gegen die Trockenheit machen, waren sich die meisten EU-Parlamentarier einig. Die Abgeordneten forderten deshalb ein eigenes Gesetz, um Verfahren wie CRISPR/Cas zu fördern. Mit der 20 Jahre alten EU-Freisetzungsrichtlinie für die Gentechnik könnten die neuen Züchtungsmethoden allerdings kaum geregelt werden, erklärte **Herbert Dorfmann** von der Fraktion der Christdemokraten. Der Europaabgeordnete aus Südtirol warnte vor einer Abwanderung der forschenden Saatguthersteller, wenn die EU die Entwicklung von NGT weiterhin behindere. * * * *

Der italienische Sozialdemokrat **Paolo De Castro** ist überzeugt, dass sich in puncto Sicherheit die Genschere von der traditionellen Gentechnik unterscheidet. Wenn keine fremde DNA für die Entwicklung neuer Sorten verwendet wurde, seien sie so sicher wie auf traditionelle Weise gekreuzte Sorten, ist De Castro überzeugt. Deshalb sollten weniger mit Risiken belastete NGT bei der Zulassung anders behandelt werden als GVO. Ein neues Gesetz müsse die notwendige Klarheit schaffen und der Forschung den notwendigen Spielraum für die neue Züchtungstechnik geben, forderte der Sozialdemokrat.

Trotz gewünschter Vereinfachungen bei der Zulassung bestehen zahlreiche EU-Abgeordnete dennoch auf eine Kennzeichnung von Saatgut, Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln, die mithilfe von NGT produziert wurden. (Schluss) mö

Schlachtabfälle: EU-Parlament stimmt Verfütterung zu

Bernhuber: Ökonomisch sinnvolle Maßnahme zur Erhöhung der Produktivität

Brüssel, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Die EU-Kommission möchte Verfütterungsverbote für tierische Nebenerzeugnisse für Schweine und Geflügel aufheben, dem sich der Umweltausschuss des EU-Parlaments mit einer knappen Mehrheit von 39 zu 35 Stimmen angeschlossen hat. Danach sollen tierische Nebenprodukte vom Schwein wieder an Geflügel verfüttert werden dürfen. Geflügelabfälle sollen wieder an Schweine verfüttert werden. Ein Kannibalismus wird damit ausgeschlossen. "Die Verwendung von verarbeitetem tierischem Eiweiß in der Schweine- und Geflügelfütterung ist eine ökonomisch sinnvolle Maßnahme zur Erhöhung der Produktivität in der Lebensmittelherstellung. Die entsprechende Anpassung des Rechtsrahmens muss sich am Stand der Wissenschaft orientieren, und daher unterstütze ich das Vorhaben der EU-Kommission", sagte der ÖVP-Europaabgeordnete **Alexander Bernhuber**. * * * *

"Während die wertvollen tierischen Proteine exportiert werden, importieren wir tonnenweise Soja", kommentierte der Europaabgeordnete

Jens Gieseke (CDU) aus Deutschland. Das könne nicht im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sein. Die Linken und die Grünen hatten sich gegen ein Ende des Verfütterungsverbots aus BSE-Zeiten ausgesprochen. Sie argumentierten mit möglichen Verunreinigungen im Mischfutterbetrieb, wodurch tierische Proteine doch noch an Wiederkäuer gelangen könnten.

Allerdings sieht der Vorschlag strenge Produktionskriterien und separate Produktionslinien vor. Außerdem gibt es heute hinreichende Testmöglichkeiten für den Nachweis von tierischen Proteinen im Futter. Europa ist die einzige Region, in der die Verfütterung von tierischen Proteinen nicht gestattet ist. Die EU-Kommission hat deshalb in einem delegierten Rechtsakt entschieden, Ausnahmen von der allgemeinen Verbotsregelung vorzunehmen. (Schluss) mö

Argentinien: Exportsperre für Rindfleisch aufgehoben

Ausfuhrbeschränkung nur für im Land besonders beliebte Fleischstücke

Buenos Aires, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Nach einem einmonatigen Exportverbot dürfen die argentinischen Rinderzüchter wieder Fleisch ins Ausland verkaufen. Allerdings bleibt die zulässige Exportmenge auf 50% der durchschnittlichen Ausfuhr im vergangenen Jahr beschränkt, teilte der Minister für produktive Entwicklung, **Matías Kulfas**, laut APA mit. Zudem bleibe der Export einiger in Argentinien besonders beliebter Fleischstücke weiterhin untersagt. * * * *

Mittelfristig soll die Rindfleischproduktion von derzeit 3,2 Mio. t auf 5 Mio. t pro Jahr erhöht werden. Mitte Mai hatte die Regierung von Präsident Alberto Fernández die Ausfuhr von Rindfleisch für einen Monat verboten. Dadurch sollte das Angebot im Inland steigen und der Fleischpreis sinken. Die Landwirtschaftsverbände traten daraufhin in Streik und verkauften auch im Inland kein Fleisch mehr. Rindfleisch besitzt in Argentinien einen hohen Stellenwert. "Die absolute Priorität ist, dass es auf den Tischen der Argentinier nicht an Fleisch fehlt", sagte Kulfas. Zuletzt war der Fleischpreis über die allgemeine Inflation hinaus gestiegen.

Der Pro-Kopf-Konsum an Rindfleisch geht in Argentinien seit Jahren zurück. Mit rund 50 kg pro Person und Jahr gehören die Argentinier aber noch immer zu den größten Rindfleischessern der Welt. Rindfleisch macht etwa 5% der gesamten Exporte Argentiniens aus. Im März verkauften die argentinischen Bauern Rindfleisch im Wert von rund 225 Mio. US-Dollar (rund 189 Mio. Euro) ins Ausland. Hauptabnehmer sind China, Israel, Chile und Deutschland. (Schluss)

ÖÖ: Extremes Hagelereignis verursacht in Landwirtschaft Schaden von 22 Mio. Euro

Weinberger: Fläche von 40.000 ha schwer geschädigt

Wien/Linz, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Innerhalb von 24 Stunden entstand am Dienstag in der Landwirtschaft in Oberösterreich durch schwere Hagelunwetter ein Gesamtschaden von 22 Mio. Euro. "Das ist ein trauriger Rekord", so der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, **Kurt Weinberger**, in einer ersten Bilanz. Die Unwetter begannen bereits in der Nacht von Montag auf Dienstag und verursachten nach Mitternacht insbesondere im Innviertel erste

schwere Schäden in der Landwirtschaft. Starkniederschläge mit bis zu hühnereigroßen Hagelschloßen setzten sich am Dienstag am späten Nachmittag bis in die Abendstunden von Bayern kommend ostwärts fort. * * * *

"Hauptbetroffen durch den katastrophalen Hagelzug am Abend sind die Bezirke Vöcklabruck, Gmunden, Kirchdorf und Steyr-Land. Die Gewitterfront hatte eine Breite von bis zu 13 km und wurde auf dem weiteren Feldzug südlich der Autobahn A1 Richtung Osten erst an der Grenze zu Niederösterreich nach einer Länge von knapp 80 km schwächer. Die Konsequenz: Auf einer Fläche von 40.000 ha wurden Acker-, Obst- und Gemüsekulturen sowie das Grünland schwerstens geschädigt. Binnen weniger Minuten wurden landwirtschaftliche Kulturen regelrecht gehäckselt", fasst der zuständige Landesleiter in Oberösterreich, **Wolfgang Winkler**, die dramatischen Stunden zusammen.

"Ein einzelnes Schadensereignis wie dieses gab es noch nie in der Geschichte der Österreichischen Hagelversicherung. Unsere Sachverständigen sind im Großeinsatz und werden von allen Bundesländern zusammengeholt. Jetzt hat eine rasche Hilfe oberste Priorität", ergänzt Weinberger. Betroffene Landwirte melden ihre Schäden online unter www.hagel.at.

Bäuerliche Familienbetriebe können sich auf umfassenden Versicherungsschutz verlassen

Landeshauptmann **Thomas Stelzer** und Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** zeigen sich bestürzt: "Wenn in wenigen Minuten die Arbeit eines ganzen Jahres oder sogar mehrerer Jahre vernichtet wird, dann ist das nichts weniger als eine Katastrophe. Einziger Trost in dieser schwierigen Situation: Das umfassende Versicherungswesen in Oberösterreich wird die finanziellen Schäden für unsere bäuerlichen Familienbetriebe auffangen."

"Das Schadensausmaß dieses Einzelereignisses ist beispiellos. Wir sprechen oft von der Werkstatt der Landwirtschaft unter freiem Himmel. Ein derartiges Unwetter macht aber einfach sprachlos. Die betroffenen Betriebe brauchen nun jede verfügbare Hilfe und werden diese auch erhalten. Wir sind bereits mit der Hagelversicherung in Kontakt, damit sich ein derartiges Einzelereignis nicht zur existenziellen Bedrohung für die geschädigten landwirtschaftlichen Familienbetriebe entwickelt", so beide unisono.

"Ich danke den rund 2.000 Feuerwehrfrauen und -männern, die aufgrund starker Gewitter und Regenfälle zu zahlreichen Einsätzen ausrücken mussten. Wir in Oberösterreich leben vor, was Bereitschaft heißt. Die Bereitschaft einander zu helfen, wenn Hilfe gebraucht wird. Wenn man sich selbst gefährdet, um anderen zu helfen, dann ist das keine Selbstverständlichkeit, sondern verdient unseren größten Respekt und unsere Wertschätzung", betont Stelzer. (Schluss)

Bundeskantinen künftig von Österreichs Bauernfamilien beliefert

Bauernbund begrüßt Ministerratsbeschluss zur Stärkung einer regionalen öffentlichen Beschaffung

Wien, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Rund 450.000 Menschen essen in Österreich täglich in öffentlichen Einrichtungen. Hier geht die Bundesregierung jetzt als Vorbild voran und will mit dem Beschluss des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (NaBe) die heimische Lebensmittelproduktion stärken. Mit dem NaBe-Plan setzt die Regierung insbesondere bei Lebensmitteln neue Standards zum Wohl der Tiere, des Klimas und der Konsumenten. Zudem schafft diese Maßnahme Einkommen für Bauernfamilien und Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. "Das ist eine große Errungenschaft für heimische Bauernfamilien", so Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**. * * * *

"Mehr Regionalität in öffentlichen Einrichtungen ist seit Jahren ein zentrales Anliegen des Bauernbundes. Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit einer starken, heimischen Lebensmittelversorgung verdeutlicht. Mit dem heutigen Ministerratsbeschluss haben wir einen Meilenstein für Österreichs Bauernfamilien und den Klimaschutz geschafft. Unser jahrelanger Ruf nach mehr Regionalität wurde gehört. Die Bundesregierung geht mit dem Ziel einer 100%igen regionalen Lebensmittelbeschaffung in Bundeskantinen mutig voran. Damit setzt sie die bereits vom Bundeskanzler angekündigte Regionalisierung auf allen Ebenen konsequent um", betont Strasser.

Kantinen und Kennzeichnung: Bund geht vorbildlich voran

"Die Herkunftskennzeichnung in Kantinen des Bundes ist ein essenzieller Baustein des Aktionsplans nachhaltige Beschaffung. Die Herkunft von Fleisch, Eiern und Milch muss in Zukunft gut sichtbar in der Ausgabe der Bundeskantinen aufliegen. Begrüßenswert ist, dass ausschließlich Fleischprodukte mit dem AMA-Gütesiegel 'Mehr Tierwohl' angeboten werden sollen. Ein besonderes Augenmerk liegt zudem bei der GVO-freien Fütterung. Bis 2025 soll die öffentliche Hand nur mehr Rind- und Schweinefleisch aus GVO-freier Fütterung kaufen", so Strasser.

Auch die Landesagrarreferentenkonferenz hat auf Initiative von Bundesministerin Elisabeth Köstinger einen einstimmigen Beschluss gefasst, den Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung auch auf Landesebene verpflichtend umzusetzen. 2018 führte die Bundesregierung bereits das Bestbieterprinzip anstatt des Billigstbieterprinzips ein. "Der günstigste Preis ist zum Glück nicht mehr das entscheidende Kaufkriterium in der öffentlichen Beschaffung. Zusätzlich wurde mit der Gründung des Forums 'Österreich isst regional' eine zentrale Beratungsstelle zur regionalen öffentlichen Lebensmittelbeschaffung ins Leben gerufen. Zahlreiche weitere Maßnahmen folgen nun. Der Aktionsplan der Bundesregierung sieht klare Kriterien für die öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln vor. Beispielsweise sollen die Lebensmittel möglichst zu 100% aus der Region stammen sowie das beschaffte Obst und Gemüse möglichst saisonal sein. Auch der Anteil an biologischen Lebensmitteln soll steigen. Das sind Maßnahmen, die die Nachfrage nach Lebensmitteln aus Österreich ankurbeln", freut sich Strasser. (Schluss) - APA OTS 2021-06-23/13:56

NaBe-Plan ist wichtiger Schritt zur Herkunftskennzeichnung

NTÖ: Nur verpflichtende Einhaltung der Kriterien und Kontrolle bringen gewünschte Erfolge

Wien, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Der Verein Nachhaltige Tierhaltung Österreich (NTÖ) als Vertreter der Veredelungswirtschaft mit den Sparten der Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel und Pferde begrüßt den Ministerratsbeschluss zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (NaBe). Im Rahmen des Revisionsprozesses hatte auch der NTÖ als Sprachrohr der über 56.000 Rinder-, 21.000 Schweine-, 3.000 Geflügel-, 15.000 Schaf-, 9.700 Ziegen- und 25.000 Pferdehalterinnen und -halter in Österreich die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben und Vorschläge für die Entwicklung und Definition der Beschaffungskriterien einzubringen. * * * *

"Das Klimaschutzministerium hat unsere konstruktiven Verbesserungsvorschläge hinsichtlich der Spezifikationen für die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsdienstleistungen aufgenommen", freut sich NTÖ-Obmann **Josef Fradler**. "Dies umfasst den Einkauf von Eiern, Milch und Milchprodukten sowie Fleisch von Rind, Kalb und Schwein - als Frischware und in Verarbeitungserzeugnissen. Die heimische tierhaltende Landwirtschaft garantiert Produktqualität und Tierwohl, die sich in den hohen Anforderungen des NaBe-Plans widerspiegeln. Produziert wird im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft unter Einhaltung höchster Produktions-, Umwelt- und Tierwohlstandards. Ein strenges Tierschutzgesetz, eine enge Partnerschaft mit der Tierärzteschaft und regelmäßige Kontrollen untermauern dies."

Die Vertreter der Veredelungswirtschaft weisen in diesem Zusammenhang auf eine notwendige verpflichtende Einhaltung der definierten Kriterien im NaBe-Plan und der entsprechenden Kontrollen hin. "Die tatsächliche Nachweiserbringung ist ein wesentlicher Faktor, ohne welchen ein Einkaufsstandard, wie es der Aktionsplan vorsieht, kaum den erwünschten Erfolg bringen kann. Ein wesentliches Kriterium ist auch die 'Verfügbarkeit' von Produkten, wie Frischfleisch oder Fleisch in Verarbeitungswaren, Frischei und Eiprodukten, Milch und Milcherzeugnissen", weist Fradler auf das eventuelle "Schlupfloch Verfügbarkeit" hin. Dazu braucht es eine genaue Definition, warum eine Ware tatsächlich nicht verfügbar ist. Nur eine verpflichtende Einhaltung der Kriterien garantiert eine funktionierende Umsetzung des NaBe-Plans. Die heimischen kleinstrukturierten bäuerlichen Familienbetriebe erzeugen tagtäglich qualitativ hochwertige Lebensmittel für die Gesellschaft unter Einhaltung höchster Tierwohl-, Umwelt- und Produktionsstandards. Die AMA-Gütesiegel und die Qualitätsprogramme für Milch, Fleisch und Eier garantieren lückenlos nachvollziehbare Lebensmittel. Die heimische Ware von unseren Rinder-, Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelbauern ist jederzeit für die Gemeinschaftsverpflegung abruf- und lieferbar.

Der NTÖ sieht den NaBe-Plan für die Beschaffung nachhaltiger Produkte und Leistungen bei öffentlichen Einrichtungen des Bundes als wichtigen Schritt in die richtige Richtung, auch im Sinne der Umsetzung des Regierungsprogrammes. Eine verpflichtende Information über die Herkunft von Fleisch, Eiern und Milch nahe des Verabreichungsplatzes ist im Aktionsplan vorgesehen. Der nächste Schritt zu mehr Transparenz in der Lebensmittelkennzeichnung ist eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung im gesamten Außer-Haus-Verzehr und in der Gastronomie. Dann haben die Konsumentinnen und Konsumenten bei den tierisch verarbeiteten Lebensmitteln die Wahlfreiheit in Form von verpflichtenden Angaben zu Qualität und Herkunft. Lebensmittel, zwar billig, aber über lange Transportwege aus fernen Kontinenten importiert und unter niedrigsten Standards und

Arbeitsbedingungen produziert, stehen wertvollen regionalen Nahrungsmitteln wie Eiern, Milch, Fleisch und deren Produkten klar und erkennbar gegenüber.

Über den NTÖ

Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Rinderzüchter (ZAR), der Verband Österreichischer Schweinebauern (VÖS), der Österreichische Bundesverband für Schafe und Ziegen (ÖBSZ), die Zentrale Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Geflügelwirtschaft (ZAG) sowie die Arbeitsgemeinschaft Rind (ARGE Rind) und die Zentrale Arbeitsgemeinschaft österreichischer Pferdezüchter (ZAP) haben 2016 den gemeinsamen Dachverein "Nachhaltige Tierhaltung Österreich" (www.nutztier.at) gegründet. Damit sollen gemeinsam die Interessen der Tierhalter/-innen aller Sparten vertreten und agrarpolitische Themen koordiniert behandelt werden. (Schluss) - APA OTS 2021-06-23/14:00

Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung von Agrarvertretern begrüßt

Regierung setzt damit wichtiges Zeichen für die heimischen Landwirtschaft

Wien, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Bio Austria begrüßt die Einführung eines verbindlichen Bio-Anteils in öffentlichen Küchen in Bundeszuständigkeit, wie sie heute vom Ministerrat im Rahmen des Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (NaBe) beschlossen wurde. Ab dem Jahr 2023 muss der (monetäre) Anteil an Bio-Lebensmitteln demnach bei 25%, ab 2025 bei 30% und ab 2030 bei 55% liegen. Damit sei ein wichtiges Anliegen und eine langjährige Forderung des Verbandes umgesetzt, so Bio Austria-Obfrau **Gertraud Grabmann**. Nun gelte es, die Umsetzung der Vorgaben in der Praxis sicherzustellen. Kritisch sieht Grabmann, dass im Aktionsplan keine Verpflichtung zur Bio-Zertifizierung der Verpflegungseinrichtungen des Bundes durch eine Bio-Kontrollstelle vorgesehen ist - was aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Transparenz sinnvoll gewesen wäre. * * * *

Dass auch die Bundesländer zugesagt haben, sich an die Kriterien des Aktionsplans halten zu wollen, stimme aber "optimistisch, dass in naher Zukunft auch in der Zuständigkeit aller Bundesländer durchgehend ambitionierte, verbindliche Vorgaben für den Einsatz von Bio-Lebensmitteln folgen werden. Im Sinne einer weiteren Stärkung des Bio-Absatzes wäre dies ein wichtiger Schritt", so Grabmann. Als Wermutstropfen bleibe, dass die verbindlichen Vorgaben zum Bio-Anteil erst mit dem Jahr 2023 und nicht bereits früher schlagend werden.

Hechenberger und Gahr: Bund gibt Regionalität den Vorzug

Auch der Tiroler Bauernbund-Abgeordnete und Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Tirol, **Josef Hechenberger**, begrüßt den heutigen Ministerratsbeschluss: "Damit setzt die Regierung ein wichtiges Zeichen für die heimische Landwirtschaft und den Klimaschutz. Täglich essen rund 1,8 Mio. Menschen außer Haus und rund 450.000 davon in öffentlichen Einrichtungen. Mit der Umstellung auf regionale und heimische Produkte schaffen wir einen großen Schritt hin zu mehr Nachhaltigkeit und stärken darüber hinaus die heimische Landwirtschaft. Denn wenn nur um 1% mehr heimische Lebensmittel gekauft werden, schafft das 3.100 Arbeitsplätze und eine Wertschöpfung von 140 Mio. Euro."

Auch sein Tiroler Bauernbund-Kollege und Forum Land-Obmann **Hermann Gahr** freut sich über den Vorstoß der Bundesregierung für mehr Regionalität. "Der Bund ist somit ein wichtiges Vorbild auch für private Betreiber, ihre Beschaffung auf regionale Produkte umzustellen. Gerade während der COVID-Pandemie haben wir gesehen, wie wichtig die regionale Produktion und die Lebensmittelsicherheit im Land sind. Sind einmal Lieferketten unterbrochen oder gibt es Verzögerungen bei der Produktion, bleiben die Regale leere. Deswegen müssen wir vermehrt auf lokalen Anbau und Stärkung der Versorgungssicherheit setzen, denn auf die heimischen Bäuerinnen und Bauern konnte man sich auch während der Pandemie immer verlassen."

Herkunftskennzeichnung als nächsten wichtigen Schritt setzen

"Damit die Konsumenten nicht nur in der öffentlichen Beschaffung genau wissen, woher ihre Lebensmittel kommen, braucht es nun so schnell wie möglich eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung. Besonders bei verarbeiteten Lebensmitteln ist das Potenzial enorm, denn nirgendwo werden größere Mengen anonym verarbeitet. Das muss ein Ende haben. Künftig muss bei jeder Fertig-Lasagne oder bei jedem Kuchen aus dem Supermarkt ersichtlich sein, woher die Zutaten stammen. Ein Beschluss in diesem Jahr und die Umsetzung 2022 sind das erklärte Ziel", betont Hechenberger. (Schluss)

NÖ Bauernbund: GAP darf Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel setzen

Realitätsfremde EU-Agrarpolitik gefährdet Wertschöpfung und Arbeitsplätze

St. Pölten, 23. Juni 2021 (aiz.info). - "Die aktuellen Verhandlungen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) beinhalten Vorschläge, die die Versorgungssicherheit in Österreich und Europa gefährden könnten, geben NÖ Bauernbund-Obmann und LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** sowie Bauernbund-Direktor **Paul Nemecek** zu bedenken, hatte doch die Gründung des NÖ Bauernbundes am 24. Juni 1906 die uneingeschränkte Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Lebensmitteln als vorrangiges Ziel. "Maßnahmen, welche die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln gefährden, werden von uns deutlich abgelehnt und sind im Sinne der Nachhaltigkeit auch zu unterlassen. Die GAP darf außerdem nicht praxisuntauglich werden. Es braucht daher dringend mehr Hausverstand und Nachhaltigkeit auf den letzten Metern der Verhandlungen, denn es darf keine faulen Kompromisse auf Kosten der Bäuerinnen und Bauern geben", unterstreichen Pernkopf und Nemecek. * * * *

Die nicht vorhandene Praxistauglichkeit der GAP, die drohende Stilllegung von Nutzflächen und der fehlende Fokus auf die Versorgungssicherheit sieht der NÖ Bauernbund als große Bedrohung für die Stabilität in Krisenzeiten. Laut aktuellen Vorschlägen der EU-Kommission soll ein bestimmter Anteil von Acker- und Wiesenflächen für die landwirtschaftliche Nutzung stillgelegt werden. "Diese Areale stehen somit für die Produktion von Lebensmitteln nicht mehr zur Verfügung. Außerdem braucht es Anpassungen bei der Fruchtfolgebestimmung, um den österreichischen Rübenanbau und somit die Versorgung mit heimischem Zucker nicht zu gefährden", fordert die NÖ Bauernbund-Spitze.

GAP ist kein öko-romantisches Instrument

Nemecek pocht auch auf den Grundgedanken der GAP: "Uns muss bewusst sein, dass die GAP ein Werkzeug zur Sicherung der Eigenversorgung in Europa und kein öko-romantisches Instrument ist. Vielmehr sollte man beispielsweise die aktuelle Eiweißlücke durch vermehrte europäische Produktion schließen und nicht die klimaschädlichen Importe von Soja aus Übersee fördern. Diese Maßnahmen würden auch helfen, die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen."

"In Österreich nehmen bereits jetzt 80% der Bauern am Umweltprogramm ÖPUL teil, in Niederösterreich sind es sogar 90%. Das zeigt, unsere Landwirte denken in Generationen und handeln mit Verantwortung für Mensch, Tier und Natur. Wenn jetzt landwirtschaftliche Flächen im großen Stil stillgelegt werden, folgt eine Vernichtung heimischer Arbeitsplätze inmitten von Krisenzeiten. Zusätzlich steigt dadurch der Importbedarf für Lebensmittel. Diese kommen womöglich aus Ländern, wo dafür sogar der Regenwald niedergebrannt wird oder die Lebensmittel eingeflogen werden müssen. Damit ist niemandem geholfen, und diese Situation wäre sowohl für Konsumenten als auch Produzenten unzumutbar", zeigen Pernkopf und Nemecek die fehlende Praxistauglichkeit im EU-Plan auf.

Selbstversorgungsmaßnahmen sollten zentrales Ziel der GAP sein

"Unsere bäuerlichen Betriebe wollen regional und saisonal produzieren und damit auch klimaschädliche Importe vermeiden. Die Corona-Krise und das Suezkanal-Fiasko haben gezeigt, wie wichtig die regionale Versorgung für die Bevölkerung ist. Daraus haben wir die Lehren gezogen", sprechen sich Pernkopf und Nemecek für mehr Selbstversorgung mit heimischen Lebensmitteln aus. Diese Erkenntnisse seien auf europäischer Ebene noch nicht voll durchgedrungen. "Es braucht dringend ein Umdenken in Richtung Hausverstand und Nachhaltigkeit in Europa. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sowie eine produzierende und damit die Selbstversorgung garantierende Landwirtschaft müssen auch in Zukunft im Fokus stehen", stellen Pernkopf und Nemecek das Generationendenken des NÖ Bauernbundes in das Zentrum ihrer politischen Arbeit. (Schluss)

Gastronomie-Öffnung belebt heimischen Eiermarkt

Nachfrage auf saisonüblichem Niveau - Steigende Futterpreise bereiten Probleme

Wien, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Die Nachfrage am österreichischen Eiermarkt stieg im Mai 2021 nach der unterdurchschnittlichen Absatzsituation im April wieder an und hat sich mittlerweile auf saisonüblichem Niveau eingependelt. Dank der Öffnung der Gastronomie gewinnt der Eiermarkt langsam an Zugkraft. Die Lockerungsschritte unterstützen vor allem Bodenhaltungsbetriebe dabei, die festgefahrene Absatzsituation im Außer-Haus-Konsum anzukurbeln. Auch bei der Verarbeitungsware zeigt sich eine positive Entwicklung, teilt die Agrarmarkt Austria (AMA) in ihrem jüngsten Marktbericht mit. * * * *

Der klassische Großhandel und die Direktvermarktung, welche Gastronomie- und Tourismusbetriebe beliefern, konnten durch die Öffnungsschritte am 19. Mai bereits erhöhte Absatzmengen verzeichnen. Die Verkaufsmengen der großen Packstellen an den Handel zogen im Vergleich zum verkaufsschwachen April um 10% an. Durch die jahreszeitlich bedingten Ausstellungen konnten Überhänge teilweise abgebaut werden. Bodenhaltungs- und Freiland Eier waren ausreichend vorhanden, die Situation bei Bio-Ware war ausgeglichen.

Die Verkaufspreise der meldepflichtigen Packstellen (jährlich mehr als 5 Mio. abgepackte Eier) fielen im Mai bei allen Haltungsformen über alle Gewichtsklassen etwas ab. Die Preise lagen jedoch über dem Vorjahresniveau. Bio- und Freiland Eier legten im Schnitt über die Gewichtsklassen XL, L und M um 9 beziehungsweise 8% gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich zu, so die AMA.

Steigende Futtermittelpreise belasten Geflügelhalter

Die Verteuerung der Futtermittelpreise hält weiter an und bringt Lege- sowie Mastbetriebe zunehmend an die Belastungsgrenze. Die Preise für Legehennenfutter (erste Legephase, GVO-frei) stiegen im Mai auf 34,69 Euro je 100 kg. Das bedeutet eine Erhöhung von 17% innerhalb eines Jahres. Für Legebetriebe kommt erschwerend auch das knappe Angebot von zertifiziertem Donau Soja hinzu. Noch stärker wirkt sich die Verteuerung der Rohstoffe beim Masthühnerkükenfutter aus. Die Preise für GVO-freies Mischfutter der Phase 2 zogen im Mai um 2,29 Euro auf 43,86 Euro je 100 kg an. Gegenüber dem Vorjahr zeigte sich ein deutlicher Preisanstieg von 20%. Als Ursache wird der weltweit gestiegene Bedarf an Futtermitteln genannt, der auch am österreichischen Markt zu höheren Börsenkursen führt. Bis zur neuen Ernte rechnen Marktexperten mit anhaltend hohen Notierungen.

COVID-Verlustersatz für Bodenhaltungsbetriebe

Eierproduzenten in der Bodenhaltung, die durch die Corona-Beschränkungen wirtschaftlich besonders stark betroffen sind, konnten zwischen 25. Mai und 15. Juni 2021 über eAMA einen Ausgleich von Einkommensverlusten beantragen. Für den Zeitraum Februar bis Mai 2021 wird ein Zuschuss in der Höhe von 70% des pauschal errechneten Verlustes gewährt. Die Betriebe erhalten unabhängig vom Vermarktungsweg voraussichtlich zirka 1,60 Euro pro Legehenne. Die Anspruchsberechtigung wurde auf Bundesebene pauschal für den gesamten Bodenhaltungssektor berechnet. Die Auszahlung der COVID-Hilfen erfolgt laut AMA voraussichtlich Ende August 2021. (Schluss)

Jungbauern: Foodtruck on Tour in der Linzer Innenstadt

Den Konsumenten wurde Bedeutung des regionalen Einkaufs vermittelt

Linz, 23. Juni 2021 (aiz.info). - 18 Tage - neun Bundesländer: Der Foodtruck der Österreichischen Jungbauernschaft tourt durch ganz Österreich und hielt am Montag und Dienstag dieser Woche in der Linzer Innenstadt. Mit dem Verkosten von österreichischen Schmankerln wurde den Konsumenten auch die Wichtigkeit des regionalen Einkaufs vermittelt. Landeshauptmann **Thomas Stelzer** sowie Agrar-Landesrat und OÖ Bauernbund-Landesobmann **Max Hiegelsberger** besuchten den Foodtruck. * * * *

Lang: Direktes Gespräch ist besser als ein Fingerzeig

"Die Herkunft der Zutaten, die Produktionsweise sowie die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern, die dahinter steht - das vermitteln die Jungbäuerinnen und Jungbauern im Foodtruck bei der Essensausgabe. Regionalität und Herkunftskennzeichnung sind bei uns immer ein Thema", sagt **Christian Lang**, Obmann der OÖ Jungbauernschaft. "Wir gehen auf unsere Konsumenten zu. Im direkten Gespräch und beim Genuss heimischer Lebensmittel lässt sich unsere Arbeit viel besser erklären, als wenn wir nur mit dem Finger auf sie zeigen und ihnen die Verantwortung wie einen

schweren Rucksack umhängen", so Lang. Auch die Seminarbäuerinnen waren mit Informationsmaterialien vor Ort und informierten über regionale Lebensmittel.

Stelzer: Oberösterreich bekennt sich zu einer starken Landwirtschaft

Auch Landeshauptmann Stelzer besuchte den Foodtruck. "Unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern versorgen uns täglich mit hochwertigen Lebensmitteln und leisten einen zentralen Beitrag zur Erhaltung unserer wunderbaren Kulturlandschaft. Das verdient nicht nur höchste Wertschätzung, sondern auch Unterstützung für unsere bäuerlichen Familienbetriebe, die für das wirtschaftliche und soziale Leben in unserem Bundesland von großer Bedeutung sind. Oberösterreich bekennt sich zu einer starken Landwirtschaft mit dem Ziel, den bäuerlichen Betrieben bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten", betonte Stelzer.

Hiegelsberger: Öffentliche Küchen sollen Vorbild für regionalen Einkauf sein

"Unsere Landwirtschaft ist vielfältig und innovativ, die Jungbäuerinnen und Jungbauern bringen das mit dem Foodtruck auf sehr sympathische Weise zum Ausdruck", erklärte Hiegelsberger. Diese Sensibilisierung für heimische Produkte sei der richtige Weg, um die Konsumenten von den vielen Vorteilen österreichischer Produkte zu überzeugen. Es brauche aber auch Maßnahmen in der Politik. Dazu verwies Hiegelsberger auf die neue Landeskoordinationsstelle für regionale Lebensmittel (LaKoSt). Diese dient als erste Anlaufstelle für Küchenleiter und Lieferanten zum Thema regionale Beschaffung. "Ziel ist ein möglichst hoher Anteil an heimischen Lebensmitteln und der direkte Einkauf bei Bäuerinnen und Bauern sowie Lebensmittelproduzenten aus der unmittelbaren Umgebung der jeweiligen Küchen", so Hiegelsberger. (Schluss)

Neues Merkblatt zur sachgerechten Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erschienen

Gartenbauschule Langenlois und AUVA verfassten Sicherheitsleitfaden für die Praxis

Langenlois, 23. Juni 2021 (aiz.info). Die Gartenbauschule Langenlois hat gemeinsam mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) ein Merkblatt zur sachgerechten Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Gärtnereien, bei der Grünraumpflege und in der Landwirtschaft erstellt. Besonders in der praktischen Ausbildung ist das Thema von Bedeutung. "Das Merkblatt gibt einen fundierten Überblick über mögliche Schutzmaßnahmen und die erforderliche persönliche Schutzausrüstung beim Umgang mit Pflanzenschutzmitteln. Arbeiten wie die Ausbringung, Reinigung und Entsorgung von Restmengen sind übersichtlich und mit Fotos dargestellt. Damit ist die Publikation als Unterrichtsbehelf in Schulen und bei Kursen bestens geeignet", betonen Direktor **Franz Fuger** und AUVA-Präventionsexperte **Herbert Stifter**. * * * *

Die Broschüre räumt auch dem Integrierten Pflanzenschutz breiten Raum ein, damit chemische Substanzen erst gar nicht zum Einsatz kommen müssen. Konkret sind damit etwa die biologischen Hilfsmittel wie "Effektive Mikroorganismen" oder die Förderung von Nützlingen gemeint. Bei der Erstellung des Merkblattes waren auch die Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) und die NÖ Landwirtschaftskammer maßgeblich beteiligt.

Das AUVA-Merkblatt M.plus 340.11 zur sachgerechten Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Vermeidung gesundheitlicher Risiken steht als kostenloser Download unter www.auva.at/publikationen zur Verfügung und kann auch in gedruckter Form unter sichereswissen@auva.at bestellt werden. (Schluss)

Russland weist 2020 erstmals Überschuss im Agraraußenhandel auf

Zielsetzung bei Getreide um knapp 30% überschritten

Moskau, 23. Juni 2021 (aiz.info). - Russland hat im vergangenen Jahr Agrar- und Ernährungsgüter in einem Gesamtwert von rund 30,5 Mrd. USD (25,64 Mrd. Euro) an den Außenmärkten veräußert, berichtet der Moskauer Wirtschaftsinformationsdienst FinMarket. Damit lagen die Exporte dieser Warengruppe erstmals über dem Wert der Importe von etwa 29,8 Mrd. USD (25,05 Mrd. Euro), heißt es in einem von Landwirtschaftsminister **Dmitrij Patruschew** der Regierung in der vergangenen Woche vorgelegten Jahresbericht über die Umsetzung des nationalen Programms zur Entwicklung seiner Branche. Als Zielsetzung für das Jahr 2025 sieht dieses eine Aufstockung der Agrarexporte auf 35,4 Mrd. USD (29,76 Mrd. Euro) vor. * * * *

Unter anderem beliefen sich 2020 die Exporte von Getreide auf gut 10,27 Mrd. USD (8,63 Mrd. Euro) und jene von Ölmühlenprodukten auf 4,95 Mrd. USD (4,16 Mrd. Euro), was die Planwerte hierfür um 29,2 beziehungsweise 13,2% überstieg. Aber auch an Ernährungsgütern wurden aus dem Land mit zirka 4,5 Mrd. USD (3,78 Mrd. Euro) um 9,8% mehr exportiert als geplant. Dagegen lagen die Ausfuhren von Fleisch und Fleischprodukten mit 1,21 Mrd. USD (1,02 Mrd. Euro) um 10% sowie jene von Fisch und Meeresfrüchten mit 5,33 Mrd. USD (4,48 Mrd. Euro) um 2,8% niedriger als die Planvorstellungen. (Schluss) pom